

## **Antrag**

der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

### **Europa sichern – Autoritären Tendenzen entgegentreten**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Berlin bekennt sich mit seiner Landesverfassung zu einem geeinten Europa. Als Stadt der Freiheit versteht sich Berlin als europäische Stadt und ist Europa auf besondere Weise verbunden. Wir streben gemeinsam mit den europäischen Partnern die Stärkung Europas an. Das Abgeordnetenhaus von Berlin sieht sich daher folgenden Zielen verpflichtet:

1. Das Abgeordnetenhaus von Berlin bekennt sich mit voller Überzeugung zur Europäischen Union als Staatenverbund für das Zusammenleben auf dem europäischen Kontinent.
2. Das Abgeordnetenhaus von Berlin bekennt sich zu seiner Verantwortung die Prinzipien von Frieden, Verständigung, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in die Zukunft weiterzutragen sowie bei den Berlinerinnen und Berlinern zu fördern.
3. Das Abgeordnetenhaus von Berlin ist fest davon überzeugt, dass es die Mitgliedstaaten der EU vor allem durch enge Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Union schaffen, die geopolitischen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu bewältigen.
4. Das Land Berlin bekennt sich zu dem Ziel, die europäische Einigung zum Nutzen ihrer Bürgerinnen oder Bürger über den Bundesrat sowie den Ausschuss der Regionen und andere europäische Gremien und Netzwerke mitzugestalten.
5. Das Abgeordnetenhaus von Berlin fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene im Rahmen künftiger Vertragsrevisionen für ein Initiativrecht des Europäischen Parlaments, für die Sicherung der Mitwirkungsrechte der Länder über den Bundesrat und für eine Stärkung des Ausschusses der Regionen einzusetzen. Ziel ist, die demokratische Rückbindung der Europäischen Union an die Bürgerinnen und Bürger weiter zu verbessern.

6. Das Abgeordnetenhaus von Berlin ist besorgt über die derzeit wahrnehmbare Zunahme autoritärer und europafeindlicher Strömungen in der Europäischen Union sowie über das zunehmende Ausmaß einer entsprechenden Einflussnahme auf die Bürgerinnen und Bürger sowie die demokratisch gewählten Institutionen der EU. Das Abgeordnetenhaus unterstützt daher alle Berlinerinnen und Berliner mit konkreten Maßnahmen, sich über die Mechanismen von Desinformation zu informieren und ermutigt sie, Nachrichten aus vertrauenswürdigen Quellen zu beziehen.
7. Das Abgeordnetenhaus von Berlin appelliert an alle in Berlin wahlberechtigten EU-Bürgerinnen und Bürger, am 9. Juni 2024 von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen und damit die demokratischen Institutionen in der EU zu stärken.
8. Das Abgeordnetenhaus von Berlin stellt fest, dass die EU-Osterweiterung vor 20 Jahren ein großer Erfolg gewesen ist, der Berlin auch geografisch in das Herz der Europäischen Union gerückt hat. Vor diesem Hintergrund ist das Abgeordnetenhaus von Berlin überzeugt, dass weitere Erweiterungen der EU im Interesse der Stadt und der EU sind. Das Abgeordnetenhaus von Berlin bekräftigt, dass jedes europäische Land, welches die Werte und Ideale der Europäischen Union und damit auch den europäischen Gedanken teilt, unbeeinflusst von Dritten die Möglichkeit haben muss, eine Partnerschaft oder eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union anzustreben.

### ***Begründung:***

Die Europäische Einigung ist als Friedensprojekt entstanden. Nach schlimmsten deutschen Verbrechen und unüberwindbar scheinenden Gräben in Europa gelang es, ehemalige Feinde miteinander zu versöhnen und Schritt für Schritt eine gemeinsame europäische Zukunft zu gestalten: von der „Schuman-Erklärung“ am 9. Mai 1950, die eine Zusammenlegung der französischen und der deutschen Kohle- und Stahlproduktion anstrebte, bis hin zur Europäischen Union des Jahres 2024 wurde ein weiter Weg zurückgelegt!

Auch wenn der Anfang im Zeichen der Industrie und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit stand: schon die Römischen Verträge sahen vor, dass die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten weit über den rein wirtschaftlichen Bereich hinausgehen sollte, um insbesondere (wie es die Präambel des EWG-Vertrages von 1957 bereits in Aussicht stellt) „durch gemeinsames Handeln den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt ihrer Länder zu sichern, indem sie die Europa trennenden Schranken beseitigen“, sowie „die stetige Besserung der Lebens- und Beschäftigungsbedingungen ihrer Völker als wesentliches Ziel anzustreben“. Es ist die europäische Idee, die bis heute Frieden, Freiheit und Wohlstand in Europa sichert. Zugleich entwickelt sich das Europäische Einigungsprojekt, auch unter der Einwirkung verschiedener Krisen, stetig weiter. Einhergehend mit der Schaffung und der Vertiefung des Binnenmarkts, von dem wir alle täglich profitieren, hat insbesondere der Ausbau der Grundfreiheiten das Leben der Menschen in der Europäischen Union positiv verändert. Das gilt insbesondere für die Personenfreizügigkeit, durch die die Mobilität der EU-Bürgerinnen und EU-Bürger über die Jahre eine immer größere Bedeutung gewonnen hat. So können heute alle EU-Bürgerinnen und EU-Bürger über die gesamte Europäische Union hinweg reisen, sich austauschen und sich weiterbilden. Der Brexit zeigte demgegenüber, dass solche Errungenschaften keine unumkehrbaren Selbstverständlichkeiten sind. Sie bilden jedoch die Grundlage für ein Zusammenleben in Verständigung und Gemeinschaft und müssen daher gestärkt werden.

Gleichzeitig entstanden neue Herausforderungen, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt, die eine engere Zusammenarbeit im Bereich der Beschäftigungs- und Sozialpolitik erforderlich machten, etwa durch die Umsetzung der im Jahr 2017 von Rat, Parlament und Kommission vereinbarten Europäischen Säule Sozialer Rechte.

Die Ausbildung von gemeinsamen Grundwerten und Grundrechten, die insbesondere seit Inkrafttreten der EU-Grundrechtecharta im Jahr 2009 zunehmend weiterentwickelt wurden, stärken für die Menschen in Europa das Bewusstsein für die Grundprinzipien von Demokratie, sozialem Ausgleich und Rechtsstaatlichkeit. Die staatliche Gängelung unabhängiger Medien und die Aushöhlung der Gewaltenteilung, die in jüngerer Vergangenheit von einzelnen Regierungen betrieben werden, bedrohen das demokratische Gemeinwesen. Die EU hat sich 2020 mit der Einführung des Rechtsstaatlichkeitsmechanismus entscheidend weiterentwickelt, um ihre Integrität als demokratische Staatengemeinschaft zu erhalten.

In den letzten Jahren sind wichtige Schritte erfolgt, um weitere Staaten in diese Gemeinschaft aufzunehmen. Neben Bosnien und Herzegowina erhielten die Ukraine und Moldau 2022 den Status von Beitrittskandidaten. Mit den EU-Kandidaten Albanien und Nordmazedonien wurden in 2022 bereits die Beitrittsgespäche aufgenommen. Durch die geo- und sicherheitspolitischen, sozialen und wirtschaftlichen Folgen des russischen Angriffs auf die Ukraine ist das Friedensprojekt Europa in einer Art und Weise herausgefordert, die bis vor Kurzem unvorstellbar war. Die Mitgliedsstaaten der EU sind durch ihre fortdauernde humanitäre, finanzielle und insbesondere militärische Unterstützung für die Ukraine diesem Krieg in Europa entschlossen begegnet.

Auch Berlin braucht Europa und lebt die europäische Idee. Daher engagiert sich Berlin in zahlreichen europäischen Verbänden, Netzwerken und Kooperationen auf allen Ebenen des Landes, in Verwaltung und Parlament, in Unternehmen oder Wissenschaftseinrichtungen, in Vereinen oder gesellschaftlichen Organisationen. Berlin profitiert durch Programme wie den ESF+, den EFRE und den ELER in hohem Maße von der europäischen Strukturpolitik. Europäische Fördergelder werden genutzt, um in Forschung, Bildung, Kultur, Wirtschaft, Städtebau und Umweltschutz Fortschritte zu erzielen.

In Zeiten vielschichtiger Krisen, die auch vor dem europäischen Kontinent nicht Halt machen, braucht es heute mehr denn je ein starkes Europa, das zusammenhält und Herausforderungen gemeinsam und zum Nutzen aller bewältigt. Dabei ist es wichtig, immer wieder deutlich zu machen, dass diese Krisen nicht nur von einzelnen Nationalstaaten gelöst werden können. Nur innerhalb der Europäischen Union wird es uns möglich sein, die großen Herausforderungen unserer Zeit – vom Klimawandel, der Sicherung unserer Energieversorgung über Migration bis hin zur Verteidigung gegen militärische und hybride Bedrohungen – zu bewältigen. Die EU hat trotz aller Schwierigkeiten gerade in den letzten Jahren bewiesen, dass sie dazu in der Lage ist.

Wenn vom 6. bis 9. Juni 2024 alle Europäerinnen und Europäer die Möglichkeit haben, durch Wahl des Europäischen Parlaments die künftige Richtung der Europäischen Union mitzugestalten, steht viel auf dem Spiel. Insbesondere gilt es, demokratiefeindlichen und nationalistischen Kräften in Berlin, Deutschland und Europa eine Absage zu erteilen. Ihre autoritären Ideen würden nicht nur die Fähigkeit der EU schwächen, mit den großen Krisen der Gegenwart umzugehen. Sie widersprechen auch den freiheitlichen Werten der europäischen Einigung. Berlin braucht Europa und die europäische Union.

Berlin, 27. Mai 2024

Stettner Cywinski  
und die übrigen Mitglieder  
der Fraktion der CDU

Saleh Kühnemann  
und die übrigen Mitglieder  
der Fraktion der SPD